

Pressemeldung der Freien Wähler des Main-Kinzig-Kreises

17.08.2008

Freie Wähler loben Kommunen - Erweiterung der Schulsozialarbeit vor der Verabschiedung

Ein großes Lob für ihre Beteiligung am Ausbau der Schulsozialarbeit an den Schulen des Main-Kinzig-Kreises hat der schulpolitische Sprecher der Freien Wähler im Kreistag für die Städte und Gemeinden bereit. Jürgen Heim: „Dies ist ein gewaltiger Akt geleisteter Solidarität zwischen den Kommunen und dem Main-Kinzig-Kreis zum Wohl unserer Schülerinnen und Schüler.“ Auch das Engagement des Sozialdezernenten wird von den Freien Wählern nicht vergessen. „Ohne die Überzeugungsarbeit von Andre Kawai und seinem absoluten Willen zum Erfolg stünde die Erweiterung der Sozialarbeit jetzt nicht vor dem Durchbruch.“

Nachdem die politischen Gremien in den Kommunen des Kreises die Erhöhung der Mittel für die Schulsozialarbeit weitgehend beschlossen haben, wird nach Einschätzung der Freien Wähler auch der Kreistag in seiner Sitzung am Freitag dem Projekt seine uneingeschränkte Zustimmung erteilen. Damit wird es möglich, die sozialpädagogische Betreuung von bisher 9 auf 17 Schulen auszubauen. Zwar bedauern die Freien Wähler, dass Grundschulen, Förderschulen und Gymnasien bei dem Projekt zunächst einmal außen vor stehen, doch sind sie optimistisch, dass es möglicherweise schon im nächsten Schuljahr gelingt, sie mit einzubeziehen.

Die Hoffnungen der Freien Wähler gründen sich auf die Aussagen von Kultusminister Jürgen Banzer anlässlich einer Fachtagung von Schulaufsichtsbeamten in Gelnhausen. Dort hatte der Kultusminister erklärt, seiner Auffassung nach sei es sinnvoll, die Finanzierung der Schulsozialarbeit künftig zwischen Land, Schulträgern und Standortkommunen zu dritteln. Bisher hatte Wiesbaden die an den Schulen geleistete sozialpädagogische Betreuung stets als eine alleinige Aufgabe der Schulträger ange

sehen. Jürgen Heim: „Wenn das Land endlich begreift, dass es sich bei der Schulsozialarbeit um eine gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen handelt, werden die Schulen einen gewaltigen Schritt nach vorn gehen können“

Nach Auffassung der Freien Wähler sollten die möglichen zusätzlichen Mittel aus Wiesbaden deshalb auch nicht für eine Reduzierung der Kosten der bisherigen Kostenträger verwandt werden, sondern den Schulen zusätzlich zur Verfügung stehen. „Mit der längst überfälligen finanziellen Beteiligung des Landes an der Schulsozialarbeit wäre es möglich, im Main-Kinzig-Kreis auch Grundschulen und andere Schulformen in die sozialpädagogische Betreuung mit einzubeziehen.“